

Postulat zur Stärkung der liechtensteinischen politischen Bildung im Lehrplan

Gestützt auf Artikel 44 der Geschäftsordnung des Landtages vom 19. Dezember 2012, Landesgesetzblatt 2013 Nr. 9, reichen die unterzeichneten Abgeordneten folgendes Postulat ein und stellen den Antrag, der Landtag wolle beschliessen:

Die Regierung wird eingeladen, ein Konzept auszuarbeiten, in welcher Form die politische Bildung im liechtensteinischen Lehrplan (LiLe) gestärkt und das liechtensteinische Staats- und Regierungssystem klarer, umfassender und eigenständiger verankert werden kann. Dabei ist das explizite Erlernen der Landeshymne als identitätsstiftender Bestandteil des Unterrichts sicherzustellen.

Begründung

1. Politische Bildung ist Voraussetzung für eine lebendige Demokratie

Demokratie ist kein Selbstverständnis. Sie muss gelernt, verstanden und eingeübt werden. Kinder und Jugendliche brauchen die Möglichkeit, Rechte und Pflichten, Mitwirkung und Verantwortung kennenzulernen, bevor sie selbst stimm- und wahlberechtigt sind. Politische Bildung befähigt sie, sich eine eigene Meinung zu bilden, andere Positionen auszuhalten und später als Bürgerinnen und Bürger mitzugestalten.

Genau das verlangt auch die liechtensteinische Bildungsstrategie 2025plus: Das Bildungssystem soll alle Menschen befähigen, sich aktiv, verantwortungsvoll und selbstbestimmt an einer menschlichen, offenen und demokratischen Gesellschaft zu beteiligen. Politische Bildung darf somit kein Zusatzangebot sein, sondern Teil des staatlichen Bildungsauftrags.

Werte, Zugehörigkeit und politisches Interesse entstehen nicht erst mit dem Erreichen des Stimmrechtsalters, wer schon in der Primarschule lernt wie ein Staat aufgebaut ist und funktioniert, kann später viel selbstverständlicher Handeln. Kinder lernen zuerst im Kleinen: Regeln, Fairness und Mitsprache in der Klasse. Jugendliche können dieses Verständnis auf Gemeinde, Land, Fürst und Volk übertragen. Wer erst spät oder nur bruchstückhaft mit dem eigenen Staat in Berührung kommt, bleibt oft unsicher, desinteressiert oder abhängig davon, was im Elternhaus oder in den sozialen Medien zufällig ankommt.

Politische Bildung ist zudem eine Frage der Chancengerechtigkeit. Ohne Schule bleibt Wissen über den Staat oft Familiensache. Die Schule erreicht alle Kinder, unabhängig von Herkunft, Sprache oder Elternhaus. In einem kleinen Staat zählt jede Stimme besonders. Wer das System kennt, nimmt Wahlen, Abstimmungen und öffentliches Engagement ernster.

Schliesslich wachsen Kinder und Jugendliche in einer Medienwelt auf, in der Vereinfachung, Hetze und Desinformation allgegenwärtig sind. Politische Bildung schult, Quellen zu prüfen, Meinungen von Fakten zu trennen und sich nicht treiben zu lassen.

2. Der LiLe erwähnt liechtensteinische Staatskunde nicht als eigenständigen, verbindlichen Kern

Mit dem Liechtensteiner Lehrplan (LiLe) ist seit 2019 der Lehrplan für Kindergarten, Primarschule und Sekundarstufe I in Kraft. Politische Bildung ist darin grundsätzlich vorgesehen, jedoch nicht als eigenes Fach «Staatskunde» und nicht mit einem klaren, liechtensteinisch geprägten Pflichtkatalog.

Sie fliesst vor allem in den Fachbereich Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG) im 1. und 2. Zyklus, in den Fachbereich Räume, Zeiten, Gesellschaften (RZG) im 3. Zyklus sowie fächerübergreifend in die

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ein. Die zentrale Stelle zur Staatsordnung findet sich in RZG.8 «Demokratie und Menschenrechte verstehen und sich dafür engagieren». Dort heisst es, die Schülerinnen und Schüler können die Staatsform Liechtensteins erklären und mit anderen Systemen vergleichen. Konkret sollen sie darlegen, wie unsere Staatsform entstanden ist und sich weiterentwickelt hat, Landes- und Gemeindeaufgaben unterscheiden sowie wichtige Besonderheiten der Staatsform und die daraus resultierenden Rechte und Pflichten erklären.

Das ist wertvoll, reicht aber nicht. Landtag, Regierung, Fürst, Verfassung, Dualismus von Fürst und Volk, direkte Demokratie, Gemeinden und Volksrechte werden im LiLe nicht namentlich und verbindlich vorgeschrieben. Es bleibt weitgehend der Ausgestaltung vor Ort überlassen, wie tief und wie liechtensteinisch diese Inhalte tatsächlich unterrichtet werden. In den Lehrmitteln, die sich stark an der Schweiz orientieren, droht das eigene Staatswesen hinter allgemeinen Demokratiethemen oder schweizerischen Bezügen zurückzutreten.

Auch die Landeshymne kommt im LiLe nicht vor. Die Regierung hat auf eine kleine Anfrage vom September 2025 festgehalten, dass das Erlernen der Landeshymne nicht explizit im Lehrplan verankert ist. Was nicht ausdrücklich vorgesehen ist, wird ungleich oder gar nicht unterrichtet: an der einen Schule selbstverständlich, an der anderen kaum.

3. Alle Kinder und Jugendlichen müssen Aufbau und Funktionieren unseres Staates kennen

Liechtenstein ist erklärungsbedürftig. Unsere Staatsform als konstitutionelle Erbmonarchie auf demokratischer und parlamentarischer Grundlage, das Zusammenwirken von Fürst und Volk, der Landtag als Milizparlament, die Regierung, die Gemeinden und die direkten Volksrechte bilden ein eigenes Gefüge. Dieses Gefüge versteht man nicht nebenbei und nicht aus einem allgemeinen Unterricht über «Demokratie».

Wer später abstimmen, wählen oder ein öffentliches Amt übernehmen soll, muss wissen, wer welche Aufgaben hat, wo Mitwirkung möglich ist und welche Rechte und Pflichten damit verbunden sind. Politische Bildung beschränkt sich nicht auf Institutionenwissen. Sie soll ermöglichen, das politisch-gesellschaftliche Leben zu verstehen, sich dafür zu interessieren und eigenständig daran teilzunehmen.

Dazu gehört auch, den Staat nicht nur als ferne Verwaltung zu sehen, sondern als gemeinsames Gemeinwesen. Kinder und Jugendliche sollen erkennen, dass Liechtenstein gestaltbar ist: in der Gemeinde, im Landtag, durch Initiative und Referendum, im Alltag von Rechten und Pflichten. Ohne dieses Fundament bleibt «der Staat» abstrakt, während internationale oder schweizerische Inhalte oft präsenter sind als das eigene Land.

4. Die Landeshymne ist identitätsstiftend und gehört in den Unterricht

Die Landeshymne gehört in Liechtenstein zur öffentlichen Identität: am Staatsfeiertag auf der Schlosswiese, bei sportlichen und kulturellen Anlässen, bei staatlichen Feiern. Nationalhymnen stiften Zugehörigkeit. Sie verbinden Geschichte, Sprache und Gemeinschaft, ohne andere auszuschliessen.

Wenn Kinder die Hymne in der Schule lernen, wächst Verbundenheit mit dem Land bereits in jungen Jahren. Das Erlernen der Landeshymne ist ein konkreter, identitätsstiftender Bestandteil politischer und kultureller Bildung. Es geht nicht nur um das Singen, sondern um das Verstehen: Warum haben wir diese Hymne? Wann wird sie gesungen? Was bedeutet sie für ein kleines Land, das seine Selbständigkeit und seinen Zusammenhalt bewusst pflegt?

Gerade weil die Hymne im Alltag nicht von selbst an alle Kinder weitergegeben wird, braucht es die Schule. Die Schule erreicht alle. Eine explizite Verankerung im LiLe stellt sicher, dass jedes Kind, unabhängig vom Elternhaus, die Landeshymne kennt.

5. Was mit dem Konzept erreicht werden soll

Das Postulat beauftragt die Regierung nicht, den Lehrplan im Alleingang umzuschreiben. Es lädt sie ein, ein Konzept vorzulegen, das aufzeigt, wie die politische Bildung im LiLe gestärkt und liechtensteinisch geschärft werden kann. Dazu gehören insbesondere:

- klarere, verbindlichere Lernziele von Aufbau und Funktionieren des liechtensteinischen Staates über alle Zyklen der Volksschule;
- die eigenständige Sichtbarkeit liechtensteinischer Staatskunde neben allgemeinen Inhalten zu Demokratie und Menschenrechten;
- das explizite Erlernen der Landeshymne als identitätsstiftender Bestandteil des Unterrichts;
- Hinweise, in welchen Fachbereichen, Zyklen und mit welchen Lehrmitteln dies umgesetzt werden kann, ohne die pädagogische Freiheit der Lehrpersonen unverhältnismässig einzuschränken.

Ziel ist nicht mehr Stoff um des Stoffes willen. Ziel ist, dass junge Menschen in Liechtenstein ihren Staat kennen, sich zugehörig fühlen und später verantwortungsvoll mitgestalten können.

Ort, Datum: Vaduz, 31. 8. 26

Die Postulanten:

Marion Kindle-Kühnis

Simon Schächle

SEGER MARTIN

Erich Hasler

Thomas Belah

Adrian Vogt